Hans-Josef Vogel
Bürgermeister

„Jetzt aufs Tempo drücken“

Rede zum Doppelhaushalt 2006/2007

Arnsberg, den 29. März 2006

Inhaltsangabe:

I. Unser finanzpolitisches Ziel: Haushaltsausgleich 2007	3
II. Die zentralen Herausforderungen	4
III. Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende	5
IV. Sieben zentrale Strategien und Handlungsfelder für die Zukunft der Menschen unserer Stadt	6
1. Kinder und Jugendliche stark machen: Bildung! Bildung! Bildung!	6
2. Unterstützung des Wirtschaftsstandortes – Unterstützung für Innovation, unternehmerische Initiative und wissensbasierte Wirtschaft	10
3. Zukunft Alter in Arnsberg	11
4. Profilierung als attraktiver Wohnstandort und Familienstadt	12
5. Bedeutung Arnsbergs als regionales Zentrum sichern und ausbauen	13
6. Mehr Bürgergesellschaft	14
7. Sanierung des Haushaltes	15

I. Unser finanzpolitisches Ziel: Haushaltsausgleich 2007

1. Leere Kassen heißt nicht leere Köpfe

Die Verwaltung verfolgt das Ziel, im Jahr 2007 den strukturellen Haushaltsausgleich herbeizuführen. Wir müssen jetzt aufs Tempo drücken. Das heißt:

- Einsparen überall und zügig.
- Vorantreiben der strategisch bedeutsamen Programme – auch mit weniger öffentlichen Mitteln. Das heißt: Nachrang, Abbau oder Verzicht auf strategisch unbedeutende oder sogar kontraproduktive Aufgaben.
- Überwinden oder Umgehen der von Bund und Land neu aufgestellten Hindernisse, die für Arnsberg eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellen von fast zwei Mio. Euro.

Die sprichwörtlich „leeren Kassen“ sind also nicht gleichzusetzen mit „leeren Köpfen“.

2. Erstmals Doppelhaushalt

So bringen wir erstmals einen Doppelhaushalt ein, also einen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt aufgestellten Haushaltsplan.

Dadurch sparen wir erheblich Zeit und Kosten in der Binnenorganisation von Verwaltung und Politik. Der Doppelhaushalt wird nur einmal aufgestellt, einmal beraten und beschlossen. Notwendige Änderungen müssen wir 2007 nur noch in der Form eines Nachtrags einbringen und beschließen.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans mussten wir sehr vorsichtig die Einnahmeseite des Jahres 2007 einschätzen. Dieses Jahr weder zu optimistisch noch zu pessimistisch zu bewerten, ist das größte Risiko auch bei Beratung und Beschlussfassung des vorgelegten Entwurfs.

Der Entwurf des Doppelhaushaltes weist für das Haushaltsjahr 2006 ein strukturelles Defizit von 9,7 Mio. Euro und für **2007 kein strukturelles Defizit mehr** aus.

3. Unser Erfolg 2005: Defizit um 6,3 Mio. Euro verringert

2005 haben wir einen weiteren beachtlichen Erfolg bei der Haushaltssanierung erzielt.

Lag das strukturelle Haushaltsdefizit 2005 in der Planung bei 13,9 Mio. Euro, so konnten wir es zum Ende des Jahres 2005 auf 7,6 Mio. Euro reduzieren, also um 6,3 Mio. Euro verringern.

Ein sehr gutes Ergebnis, was uns darin bestärkt, mit aller Kraft den Haushaltsausgleich in 2007 anzugehen.

4. Die Basis, den Haushaltsausgleich jetzt anzustreben

Dass wir den Haushaltsausgleich anstreben können, hat im wesentlichen vier zentrale Gründe:

Erstens. Eine **herausragende Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** der Verwaltung. Unsere Verwaltung ist im Vergleich zu 1994 (ohne DRK-Kindergärten und Jobcenter) um rund 188 Personalstellen kostengünstiger und leistet zugleich ein Vielfaches mehr an Qualität und Quantität.

Zweitens. Eine **herausragende Leistung der Bürgerinnen und Bürger**, die trotz aller gegenteiligen Behauptungen heute ein weit größeres Engagement für „ihre“ Stadt erbringen als früher.

Drei Beispiele: Die Anzahl der Sportvereine hat sich seit 1975 fast verdoppelt (von 57 auf 112), die Anzahl der Mitglieder auch (von 14.797 auf 26.880). Die Zahl der Mitglieder in den Schützenvereinen hat sich seit

1975 ebenfalls fast verdoppelt auf 16.044 Mitglieder im Jahr 2005. Alles bei mehr oder weniger gleicher Einwohnerzahl. Noch nie gab es in unserer Stadt so viele Senioren-Initiativen wie heute.

Das Bürgerpanel 2005 hat uns gezeigt, dass sich fast 35 % der Menschen in unserer Stadt bürgerschaftlich engagieren – bundesweit ein herausragender Wert. Sie leisten übrigens 178.762 Stunden pro Woche. Das entspricht einem Wert von 1,7 Mio. Euro wöchentlich.

Drittens. Die starke Wirtschaft in unserer Stadt. Die **Gewerbesteuereinnahmen** lagen 2005 bei 34,8 Mio. Euro. Diese Einnahmen der Stadt haben sich in den letzten Jahren verfestigt mit wachsender Tendenz (2003: 31,2 Mio. Euro, 2004: 31,5 Mio. Euro).

Viertens. Der Entwurf des Doppelhaushaltes ist darüber hinaus **ein unbequemer „doppelter“ Sparhaushalt**. Und weil er ein Sparhaushalt ist, reagiert er auf die großen Herausforderungen, die auch unsere Stadt betreffen.

II. Die zentralen Herausforderungen

Wir leben in einer sich rasch verändernden Welt, in der alles und alle voneinander abhängen. Dies bietet uns viele Chancen. Aber wir müssen uns auch mit den zentralen Herausforderungen auseinandersetzen, wenn wir ein attraktives und zukunftsfähiges Arnsberg sicherstellen wollen.

Vor allem müssen wir in unserer Strategie und in unserem Handeln berücksichtigen und gestalten:

- **den enormen Wirtschaftsdruck der Globalisierung der Märkte. Die Globalisierung bedeutet Entgrenzung des Kapitals, der Arbeit und des Wettbewerbs und**
- **vor allem den demografischen Wandel („Bevölkerung wird weniger, älter, bunter“). Geburtenrückgang und Alterung führen gesellschaftlich und wirtschaftlich zu unübersehbaren sozialen Veränderungen. Prof. Birg hat auf dem Sparkassen-Forum im „Kaiserhaus“ vor einigen Tagen formuliert: „Es ist 30 Jahre nach 12. Die Eltern, die heute Kinder zur Welt bringen müssten, sind niemals geboren worden.“**

Die Bertelsmann Stiftung hat einen „**Wegweiser Demografischer Wandel**“ erarbeitet und Handlungsempfehlungen für bestimmte Städte-Cluster ausgesprochen. Unsere Erfahrungen und Anregungen aus Arnsberg konnte ich einbringen. Übrigens zeigt der Wegweiser, dass das Älterwerden der Bevölkerung auch in Arnsberg fortschreitet. Er zeigt aber auch, dass wir den 2001 prognostizierten Bevölkerungsrückgang abmildern konnten. Dennoch geht er beständig weiter.

Wir werden mit diesem „Wegweiser“ arbeiten. Er konzentriert und schärft die örtlichen Themen unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Er berücksichtigt auch indirekt den Wirtschaftsdruck der Globalisierung. Der „Wegweiser Demografischer Wandel“ bestätigt unsere bisher gesetzten strategischen Ziele und Handlungsfelder; er enthält aber auch weitere Anregungen und Hinweise für unsere Arbeit. So unterstreicht er die besondere Bedeutung für Städte wie Arnsberg, die Funktionen als regionales Zentrum zu sichern und auszubauen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich die zentralen strategischen Ziele und Handlungsfelder neu zusammenfassen:

- Kinder und Jugendliche stark machen: Bildung! Bildung! Bildung!
- Unterstützung des Wirtschaftsstandortes – Unterstützung für Innovation, unternehmerische Initiative und wissensgestützte Wirtschaft
- Zukunft Alter in Arnsberg
- Profilierung als attraktiver Wohnstandort und Familienstadt
- Bedeutung Arnsbergs als regionales Zentrum sichern und ausbauen
- Mehr Bürgergesellschaft
- Sanierung des Haushalts

Mit den Herausforderungen, Strategien und Maßnahmen werden wir uns auch beim „Stadtumbau West“ und bei den Arbeiten zum neuen Flächennutzungsplan mit beschäftigen - zwei Aufgaben, für die der Haushaltsentwurf die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt.

Der „Wegweiser Demografischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung orientiert sich übrigens am Jahr 2020. Denken wir daran, nach 2020 geht es erst richtig los mit dem demografischen Wandel.

Zunächst aber zur Umsetzung der Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die erstmals in einem Teilbereich Arbeits- und Sozialverhältnis trennt und die Realität von zwei Arbeitsmärkten anerkennt: den ersten Arbeitsmarkt und den zweiten Arbeitsmarkt.

III. Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitsuchende

1. Das Jobcenter 2005

Der Bereich „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ hat 2005 in Arnberg erfolgreich Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt. Es hat aus dem Stand heraus eine herausragende Leistung erbracht:

Erstens. Für die Grundsicherung von durchschnittlich 3.650 Privathaushalten (einschließlich Familienangehörigen: 8.975 Personen) haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters die tatsächlichen Voraussetzungen ermittelt und die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Dabei hat das Jobcenter die quantitativen und qualitativen Herausforderungen gemeistert. Diese Herausforderungen ergaben sich aus der kurzfristigen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, d.h. der mehr oder weniger sofortigen Übernahme der Bearbeitung von 1.850 Fällen der Arbeitslosenhilfe von der Arbeitsagentur Meschede.

Zweitens. Das Jobcenter hat umgehend Arbeitsgelegenheiten (sogenannte 1-Euro-Jobs) für den zweiten Arbeitsmarkt geschaffen. Im Jahr 2005 standen 342 dieser Arbeitsgelegenheiten in Arnberg zur Verfügung. Das Jobcenter vermittelte im letzten Jahr 670 Bezieher von Grundsicherung in diese Arbeitsgelegenheiten des zweiten Arbeitsmarktes.

Drittens. Darüber hinaus vermittelt das Jobcenter Bezieher der Grundsicherung in den ersten Arbeitsmarkt. Die Möglichkeiten sind jedoch begrenzt. Insbesondere steht ein funktionsfähiger Arbeitsmarkt für Menschen ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung sowie für einfache Tätigkeiten nicht zur Verfügung, weshalb ja die Arbeitsagentur die jetzigen Bezieher von Grundsicherung nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln konnte. Dennoch konnte das Jobcenter im letzten Jahr 490 von ihnen in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln. Damit waren rund 920 Menschen wieder in der Lage, unabhängig von Grundsicherung und Fürsorge und damit eigenständig zu wirtschaften.

Viertens. Für 561 Bezieher von Grundsicherung führte das Jobcenter 2005 Qualifikations- und Trainingsmaßnahmen durch.

Fünftens. Parallel dazu erfolgten Aufbau der Organisation, ständige Anpassung der Arbeitsprozesse, Raumplanung und -realisierung, Fortbildung, Ausbildung von Fallmanagern und Aufbau eines Unterstützungsnetzwerkes.

2. Die Qualifikationsfrage ist die Schlüsselfrage

Das Jobcenter Arnberg wird seine Leistungen zur Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten des zweiten Arbeitsmarktes und in den ersten Arbeitsmarkt weiter verstärken auf der Grundlage eines Vermittlungskonzeptes. Weitere Arbeitsgelegenheiten werden geschaffen und der Arbeitgeberservice verstärkt. Hier brauchen wir jede mögliche Unterstützung aus Wirtschaft und Gesellschaft unserer Stadt.

Beziehern von Grundsicherung, die von der Arbeitsagentur nicht vermittelt werden konnten, wird allerdings nicht durch pauschale Forderungen nach mehr städtischen Mitarbeitern geholfen, sondern durch mehr Qualifikation, d.h. durch bessere allgemeine und berufliche Ausbildung und Fortbildung.

Die Analysen zeigen: Es besteht auf der Seite der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer ein enormes Qualifikationsdefizit und auf der Seite der Betriebe und Unternehmen eine durch höhere und ständig steigende Qualifikationsanforderungen begrenzte Aufnahmefähigkeit. Das führt dazu, dass in Mittelstädten wie Arnberg, die regionale Wirtschaftszentren sind, qualifizierte Kräfte gesucht werden und nichtqualifizierte Kräfte arbeitslos bleiben. Reichlich über die Hälfte der Bezieher von Grundsicherung sind ohne berufliche Ausbildung.

Das Job-Center legt deshalb 2005 einen weiteren Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Qualifizierung. Es führte bereits in den ersten beiden Monaten 2006 gezielte Qualifikationsmaßnahmen für 149 Menschen durch und liegt hier über dem Kreisdurchschnitt.

Der Hochsauerlandkreis als Optionskommune wird unserem Jobcenter in 2006 ein Berichtswesen zur Verfügung stellen. Wir werden es einführen und nutzen, aber auch selbst weitere Steuerungsinformationen erarbeiten.

Das Job-Center in Arnberg arbeitet erfolgreich zur Zeit mit 71 eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ab Mitte des Jahres 2006 mit 83 eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Darüber hinaus arbeiten für das Job-Center private und öffentliche Dienstleister wie die TRAQ, das Bildungszentrum des Handels, das Kolpingbildungswerk, die Bundesagentur für Arbeit, die Neue Arbeit Arnberg, das RIFF e.V., die Verbraucherzentrale Arnberg sowie Serviceeinheiten der Verwaltung der Stadt wie die VHS, die Beschwerdestelle, der Wendepunkt und das Servicetelefon.

Schließlich organisiert das Job-Center gemeinsam mit unserer Stelle für bürgerschaftliches Engagement ein Projekt „**Bürgerschaftliche Unterstützung für die unter 25-jährigen Arbeitssuchenden**“. Auch hier brauchen wir jede Unterstützung. Es geht um eine Allianz für diese jüngeren Leute.

IV. Sieben zentrale Strategien und Handlungsfelder für die Zukunft der Menschen unserer Stadt

Ich komme nun zu den sieben zentralen **Strategien und Handlungsfeldern zur Gestaltung der Zukunft der Menschen unserer Stadt und unserer Stadt selbst. In diesen Strategien und Handlungsfeldern verbinden sich jeweils Gegenwart und Zukunft**, um die wichtigsten Herausforderungen zu meistern: den Wandel der Wirtschaft aufgrund der Globalisierung und den grundlegenden demografischen Wandel.

Deshalb muss das, was Vergangenheit oder nur Gegenwart dient, zurückstehen. Deshalb muss das, was die Verbindung von Gegenwart und Zukunft hindert oder erschwert, aufgegeben oder eingespart werden. Vielleicht kann dies eine Richtschnur für die Beratungen der Einsparmaßnahmen sein, die den Haushaltsausgleich des Doppelhaushalts sicherstellen und Zukunftsfinanzierung ermöglichen. Das Wichtigste zuerst: Investitionen in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen.

1. Kinder und Jugendliche stark machen: Bildung ! Bildung! Bildung!

a) Kindergärten sind Bildungsorte

Wir gehen **2006 und 2007** den Weg weiter, die **Qualität der Kindergärten als Bildungsorte zu verbessern**.

Der angekündigte **Ausstieg des Landes aus der Kindergartenfinanzierung** und die **Begrenzung des finanziellen Engagements der katholischen und evangelischen Kirche** führen zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung des Kindergartenbereichs in einer Größenordnung von jährlich über 600.000 Euro.

Dies bedeutet leider **Einführung bzw. Erhöhung von Elternbeiträgen**. Dass die Kinderbetreuungskosten nun steuerlich geltend gemacht werden können, ist da kein Trost.

Der Ausstieg des Landes führt zudem zur Politikverdrossenheit, weil man in Berlin und Düsseldorf die Illusion von beitragsfreien Kindergärten nährt und gleichzeitig die Kommunen zwingt, die Elternbeiträge erheblich zu erhöhen.

Die **Konsequenz** kann dann nur lauten, die Qualität der Kindergärten als Bildungsorte zu verbessern und darauf zu achten, dass der Zugang zu unseren Kindergärten nicht eingeschränkt wird. Zugleich müssen wir die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren verbessern, die Sprachkurse fortsetzen.

b) Bessere Unterstützung unserer Schulen

Das **Schulbauerneuerungsprogramm** ist an allen 33 städtischen Schulen durchgeführt. An fünf Schulen sind noch Arbeiten zu erledigen – zum Teil, wie am „Laurentianum“, umfangreiche Arbeiten. Das Franz-Stock-Gymnasium benötigt in den nächsten Jahren eine Mensa.

Zum „Umbau“-Programm baulicher und pädagogischer Natur zählen die neuen **„Offenen Ganztagschulen“**. Im Schuljahr 2006/2007 werden voraussichtlich 574 Schülerinnen und Schüler eine „Offene Ganztagschule“ an zehn Grundschulen und einer Förderschule besuchen. Dies wurde und wird möglich durch Investitionen von insgesamt rund 2,4 Mio. Euro und Betriebsmittel im Schuljahr 2005/2006 von fast 490.000 Euro. Wie wir auf dem „Bildungsforum 2005“ besprochen haben, wollen wir die Schulen unterstützen, die Qualität der Ganztagsangebote zu verbessern, insbesondere Vor- und Nachmittagsbereiche zu verzahnen und Essensangebote für alle zu unterbreiten.

Seit Anfang Februar 2006 arbeiten zwei Hauptschulen – die **Theodor-Heuss-Schule und die Hauptschule Binnerfeld – als echte Ganztagschulen**. Für die notwendigen Umbauten sind 3,3 Mio. Euro Bundesmittel beantragt. Die Stadt Arnsberg stellt ihren Anteil in Höhe von 373.000 Euro im Doppelhaushalt für dieses Jahr zur Verfügung.

Insgesamt stehen an den städtischen Schulen auch aufgrund weiterer Programme in diesem Jahr (2005/2006) **1.000 Ganztagsplätze zur Verfügung**. Im Jahr 2000 waren es 259 Plätze. Eine großartige Leistung aller Akteure.

Im **Modellvorhaben „Selbstständige Schule“** haben Arnsberg und Werl eine **Schrittmacherrolle** für das ganze Land übernommen. Um die positiven Ergebnisse der „Selbstständigen Schulen“ zu übernehmen, arbeiten ab Sommer 2006 weitere zwölf städtische Schulen als „Korrespondenzschulen“ im Modellvorhaben mit. Somit sind **jetzt 21 städtische Schulen (64 %) mit unserer Unterstützung auf dem Weg, über Selbständigkeit ihren Unterricht und ihre Schule zu verbessern**.

Acht städtische Schulen werden in diesem Jahr erstmals mit einem neuen, international erprobten Steuerungsinstrument (SEIS – Selbstevaluation in Schule) die Entwicklung ihrer Schule bewerten und planen. Wir unterstützen dies.

Die Ergebnisse von SEIS werden wir in unserer kommunalen Schulentwicklungsplanung berücksichtigen. Das bedeutet **erstmalig eine ganz neue quantitative und qualitative Schulentwicklungsplanung** unserer Stadt.

Fast 80 % unserer Schulen beteiligen sich in diesem Jahr an einer professionellen Weiterentwicklung von Schule und Unterricht. Entweder als „Selbstständige Schule“, als Korrespondenzschule sowie im Rahmen der schulischen Selbstevaluation. Gut 75 % unserer Lehrerinnen und Lehrer sowie unserer Schülerinnen und Schüler profitieren davon.

Wie aber geht es weiter?

c) Wie geht es weiter? – Eine Frage der Qualität und Gerechtigkeit (1)

aa) Kompetenzwerte und Bildungsbeteiligung

Im Februar besuchte ein **Bildungsexperte der Vereinten Nationen** Deutschland, um sich ein Bild vom Zustand des deutschen Bildungssystems zu machen. Im Besuchsprogramm war übrigens eine „Selbstständige Schule“ dabei, die ihn besonders positiv beeindruckt hat.

Pikanterweise war der Experte von der UN-Menschenrechtsabteilung beauftragt. Offensichtlich macht man sich in den Vereinten Nationen ernsthaft darüber Gedanken, wie es um das Recht auf Bildung für alle im „Land der Dichter und Denker“ bestellt ist. Denn in kaum einem anderen OECD-Land der Welt ist der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft so eng.

Diese Bildungsbenachteiligung, wir erleben ihre Konsequenzen im Jobcenter Tag für Tag, ist für das Zusammenleben der Menschen Sprengstoff. Sie ist für die Gestaltung der Auswirkungen der Globalisierung und vor allem des demografischen Wandels Gift.

Wir haben inzwischen vieles im Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ und an den Schulen unternommen, um die Qualität des Schul- und Bildungswesens zu verbessern.

Aber wird damit das Schulwesen „gerechter“? fragt Christof Eichert, der Chef des Bildungsbereichs der Bertelsmann Stiftung zurecht.

Ist der Output wirklich besser – nicht nur im Sinne durchschnittlich erhöhter Kompetenzwerte, sondern im Sinne einer verbesserten Bildungsbeteiligung? Wird mit diesen Maßnahmen der Bildungsbenachteiligung entgegengewirkt?

Oder verstärken sie nicht sogar ungewollt die Kluft im Schulwesen: die Gymnasien werden noch besser, während andere Schulformen weiter an Boden verlieren?

Die bisherigen Erfahrungen der „Selbstständigen Schulen“ zeigen, dass die Eigenverantwortung dann größere Qualität befördert, wenn die Schulen ihren Unterricht und ihr Management verbessern und dazu die nötige Unterstützung erhalten.

Das Land wird deshalb die Eigenverantwortung im neuen Schulgesetz für alle Schulen festschreiben und die entsprechenden Unterstützungssysteme für eigenverantwortliche Schulen bereitstellen.

bb) Beitrag zu mehr Gerechtigkeit

In der zweiten Hälfte des Modellvorhabens wollen und müssen wir auch einen Beitrag zur Frage der Gerechtigkeit im Schul- und Bildungswesen leisten.

Auch bei uns in der Stadt spüren wir es, wenn Kinder und Jugendliche in der Schule scheitern, wenn Abschlüsse keine Anschlüsse sind, wenn also Anschlüsse von der Schule in die Ausbildung nicht gelingen, wenn die Integration vor Ort gefährdet ist.

Ich wiederhole und ergänze es: Die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus und oft mit Migrationshintergrund in unserem Schulwesen benachteiligt sind, ist sozialer und wirtschaftlicher Sprengstoff.

Die Stadt ist der Ort der gesellschaftlichen Integration. Die Schulen spielen dabei eine wichtige Rolle. Als Stadt haben wir deshalb ein lebendiges Eigeninteresse daran, dass das örtliche Schulsystem diese Funktion erfüllt und dazu beiträgt, dass Integration gelingt.

Wenn nun das Schulsystem die Bildungsbenachteiligung noch verstärkt und damit der Integration einen Bärendienst erweist, darf uns das nicht egal sein und ist uns nicht egal.

Deshalb werden wir uns für die zweite Hälfte des Modellvorhabens als Bildungsregion Arnsberg/Werl darum bewerben, wie die bislang erprobte staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft weiter ausgebaut werden kann. Im Sinne von mehr Qualität und mehr Gerechtigkeit.

Wir wollen nicht nur **erfolgreiche Bildungsabschlüsse**, sondern **gelingende Anschlüsse**: vom Kindergarten in die Schulen, von den Grund- in die weiterführenden Schulen und von diesen in die Ausbildung bzw. das Studium. Dazu müssen alle systematisch an einem Strang ziehen. Dazu brauchen wir Verantwortung und Kompetenz vor Ort.

cc) Neuausrichtung von Verantwortung und Kompetenz vor Ort

Es muss **Schluss** sein **mit der überholten Aufspaltung der Verantwortung in innere und äußere Schulangelegenheiten** mit den entsprechenden Zuständigkeiten seitens des Landes und der Kommunen und dann mit Abspaltung der Jugendhilfe vom Schulbereich.

Eine gemeinsame Schulträgerschaft bzw. Bildungsträgerschaft bewirkt die notwendige Neu-Ausrichtung von Verantwortung und Kompetenz von Grund aus. Damit werden schwierige Fragen aufgeworfen, für die Antworten zu entwickeln sind. Zum Beispiel:

Welche konkreten Aufgaben können vom Land auf die Regionen bzw. Kommunen übertragen werden und unter welchen Bedingungen?

Wie kann eine bedarfsgerechte und zielführende Fortbildung vor Ort organisiert werden?

Wie wird die Verwaltungsunterstützung der eigenverantwortlichen Schulen abgesichert?

Wie kann man gemeinsame Budgets aus Landes und kommunalen Mitteln organisieren?

Wie antworten Bildungsregionen mit ihren Schulen auf den demografischen Wandel? Wann und wie machen Schulverbände - z .B. im Grundschulbereich - Sinn?

Diese Fragen muten technisch an. In Wirklichkeit handelt es sich um vitale Zukunftsfragen, die letztlich über Bildungsbeteiligung, Chancengleichheit und Integration in unserer Stadt entscheiden.

Und wir in Arnsberg können für die Beantwortung der Fragen zuversichtlich sein. Denn wir sind im Projekt „Selbstständige Schule“ wichtige Schritte vorangekommen.

Die regionale Steuergruppe unserer Bildungsregion hat Pionierarbeit geleistet, erste Unterstützungssysteme für selbstständige Schulen vor Ort erprobt und über die Modellschulen hinaus die regionale Schulentwicklung vorangebracht. Wir haben ein regionales Bildungsbüro - unter Einschluss der Jugendhilfe - eingerichtet. Der regionale Entwicklungsfonds hat Perspektive.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass die gemeinsame Bildungsträgerschaft bzw. Bildungsverantwortung im Rahmen einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft der Weg ist, um unser Bildungs- und Schulwesen vor Ort besser und gerechter zu machen.

Wir in Arnsberg, in der Bildungsregion Arnsberg/Werl sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir drücken jetzt aufs Tempo.

Wir übernehmen Verantwortung, nicht weil es um neue Instrumente geht, sondern weil es um die Menschen und ihren Zusammenhalt geht.

In diesem Zusammenhang: auch die Förderung der Kultur in unserer Stadt trägt dazu bei, Innovation und Kreativität zu steigern und Eigenverantwortung zu übernehmen und bürgerschaftliches Engagement zu leisten.

2. Unterstützung des Wirtschaftsstandortes – Unterstützung für Innovation, unternehmerische Initiative und wissensbasierte Wirtschaft

a) Unterstützung von Investitionsprojekten

Eine rasche und dienstleistungsorientierte Verfahrensabwicklung bei Investitionsprojekten der Wirtschaft ist für uns heute eine Selbstverständlichkeit.

Die wfa bietet einen umfassenden Service („one-stop-shop“), wobei möglichst alle für eine Erweiterung, Verlagerung oder Neuansiedlung notwendigen Aktivitäten erledigt, begleitet oder koordiniert werden.

Die Unterstützung bestehender Unternehmen bei der Realisierung von Investitionen ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung und der Verwaltung. Wir haben dazu das Service-Angebot ausgebaut – auch im Bereich der Existenzgründungen.

b) Neue innovative Instrumente der Wirtschaftsförderung

Es wird in den nächsten Jahren um neue innovative Instrumente der Wirtschaftsförderung gehen zur Unterstützung von Innovation, unternehmerischer Initiative und wissensbasierter Wirtschaft.

aa) Impulszentrum „Kaiserhaus“

Das „**Kaiserhaus**“ ist ein solches innovatives Instrument. Wir werden es weiterentwickeln zu einem „**Impulszentrum**“ im Sinne der in Europa besonders erfolgreichen oberösterreichischen Wirtschaftsförderung.

Ein Impulszentrum bietet professionelle Infrastruktur und Dienstleistung sowie ein Informations-Kontaktnetzwerk und verbessert dadurch die Standortattraktivität für innovative Gründungen, Kooperationen und Unternehmensentwicklung innerhalb und außerhalb des Zentrums. Impulszentren haben den Charakter von Drehscheiben – auch durch ihre Ausrichtung als Veranstaltungsort.

bb) Netzwerke/Cluster: Innovation durch Kooperation

Die **Entwicklung von Netzwerken oder Clustern** aus der Stadt und ihrer Umgebung heraus, ist ein anderes innovatives Instrument. „Innovation durch Kooperation“ heißt das Stichwort.

Hier geht es um den Ausbau der vorhandenen wirtschaftlichen und technologischen Stärkefelder in unserer Stadt und Region mit dem Ziel, die Innovationsfähigkeit durch kooperative Zusammenarbeit in Netzwerken zu stärken.

Wir haben **zwei Cluster-Initiativen gestartet**: „**Wald und Holz**“ mit dem Schwergewicht einer starken industriellen Produktion in diesem Cluster und „**Design**“ (Designforum Arnsberg). Wir müssen dies verstärken und brauchen dabei die Unterstützung der Region und des Landes.

„Berufliche Bildung“ mit erstklassigen zukunftsgerichteten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten kann Thema einer weiteren Netzwerkinitiative sein.

cc) Breitbandinitiative für Arnsberg

Wissensbasierte Wirtschaft, aber auch Bildung, Gesundheitsdienste, Behörden und Privathaushalte sind auf den schnellen Zugang einer zukunftssicheren und erschwinglichen Breitband-Infrastruktur angewiesen. Dieser Zugang stärkt die Handlungskompetenz des Einzelnen, macht eine Neuorientierung der wirtschaftlichen Aktivitäten hin zu Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung möglich und trägt zur notwendigen Umstrukturierung von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen bei.

Der Zugang zu den neuen Hochgeschwindigkeits-Datennetzen ist für die Zukunft vielleicht einer der wichtigsten Standortfaktoren. Das geplante VDSL-Netz der Telekom darf sich nicht auf die großen Städte und Ballungszentren beschränken. Es darf keine „Breitband-Kluft“ in unserem Land entstehen.

Lassen Sie mich dazu die Möglichkeiten des Hochgeschwindigkeits-Netzes an drei Beispielen verdeutlichen:

Telemedizin und elektronische Gesundheitsdienste. Anwendungen für Telemedizin und elektronische Gesundheitsdienste helfen, Zeit zu sparen und Entfernungen zu überbrücken. Krankenhäuser können dank Breitband auf dasselbe medizinische Fachwissen zurückgreifen. Das Ausstellen von Rezepten und elektronische Aufzeichnungen sind online möglich. Elektronisch durchführbare Kontrollen bringen entscheidende Vorteile im Bereich des möglichst langen selbständigen Wohnens von älteren Menschen.

Elektronische Verwaltungsdienste. Durch Breitband werden die Leistungsfähigkeit elektronischer Verwaltungsdienste und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert, was für Bürger und Unternehmen den Zugang zu Behörden unter den Bedingungen des demografischen Wandels (Abbau vor Ort) vereinfacht. Außerdem wird die Entwicklung hochwertiger Dienste erleichtert und der Verwaltungsaufwand verringert.

Bildung. Breitbandverbindungen unterstützen eLearning, lebenslanges Lernen und ermöglichen eine unmittelbare Ausbildung durch qualifizierte Lehrkräfte auch dort, wo Schulen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs geschlossen werden. Lernende erhalten Zugang zu alternativen Bildungsquellen und können sich Bildungsinhalte in neuer Form erschließen. Die institutionsübergreifende Zusammenarbeit wird erleichtert (Public Public Partnership).

Ein umfassendes Breitbandangebot ist entscheidend für die gesamte Wirtschaft, insbesondere für die wissensbasierte Wirtschaft. Wir haben eine Breitbandinitiative für Arnsberg ergriffen, die mit der Sichtung des Bestandes beginnt. Der Kreis unterstützt dies mit einer Bestandsaufnahme.

3. Zukunft Alter in Arnsberg

Die Infrastruktur an die neuen Altersstrukturen anzupassen und die Potentiale des Alters für die Älteren und für unsere Stadt und Gesellschaft zu mobilisieren, ist Schwerpunkt unserer Arbeit auch in 2006/2007.

Vier Themen möchte ich nennen:

a) Selbstbestimmtes und sicheres Wohnen im Alter ermöglichen

Zunächst geht es um selbstbestimmtes und sicheres Wohnen im Alter. Wir werden die Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft, mit Initiativen/Investoren und Projektentwicklern, mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Handwerkskammer weiter entwickeln.

Wir wollen 2006/2007 bürgerschaftlich engagierte Bürgerinnen und Bürger gewinnen, die alternative Wohnformen für Alzheimer- und Demenz-Erkrankte unterstützen. Dazu kooperieren wir mit dem „Memory-Haus Hüsten“, das in diesem Jahr fertig gestellt wird.

Es findet eine Planungswerkstatt in der Wohnungsgenossenschaft Arnsberg – Sundern statt zur Entwicklung einer alternativen Wohnform für Demenzkranke in einem Genossenschaftshaus in Arnsberg.

b) Barrieren abbauen und Teilhabe der älteren Generation ermöglichen

Den eingeleiteten Perspektivwechsel vom Defizitmodell hin zum Potenzialmodell des Alters müssen wir fortführen, auch dadurch, dass politische Kommune und Bürgerkommune neue Verantwortungsrollen für die ältere Generation bereitstellen.

Hier sind wir mit unserem Konzept des dezentralen Seniorenbeirates und neun themenorientierten Arbeitskreisen mit ca. 100 aktiven Bürgerinnen und Bürgern auf dem richtigen Weg.

Um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter sicher zu stellen, bedarf es des lebenslangen Lernens. Wir unterstützen fünf dezentrale Standorte mit ca. 60 Multiplikatoren und ca. 500 Nutzern im Bereich der Vermittlung von Medienkompetenz für Ältere (PC-Clubs, SeniorenOnline, Internet-Cafes).

c) **Möglichkeiten schaffen, die Kraft des Alters öffentlich wirken zu lassen**

Stärkere Beteiligung **der älteren Generation in und für alle öffentlichen Bereiche muss Ziel unserer Arbeit sein. Wir müssen in Verwaltung und Politik die Älteren wie die Jüngeren ständig „mitdenken“.**

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf ein neues, außergewöhnliches Kooperations-Projekt aufmerksam machen: „Wissen – Können – Handeln - Generationen verbinden“ – lautet eine Bildungsinitiative des Berufkollegs Am Eichholz in Arnsberg. Es ist ein **innovatives, da intergeneratives Bildungsprojekt**, das in Fachkreisen bereits hohe Aufmerksamkeit gefunden hat.

d) **Neue Unterstützungssysteme für Pflege und Versorgung hilfebedürftiger älterer Menschen**

Wir müssen für die Zukunft neue Unterstützungssysteme für die Pflege und Versorgung hilfebedürftiger älterer Menschen schaffen, in denen bürgerschaftlich engagierte Partner und Paten als Unterstützung agieren. Hier agieren ca. 30 Organisationen gemeinsam und ergänzend.

Dazu zählen auch die Initiierung und Kooperation von Entlastungsstrukturen für pflegende Angehörige und deren Familien. Ca. 25 Paten sind im neuen Projekt „Patenschaften von Mensch zu Mensch“ tätig. Eine aktive Nachbarschaftshilfe mit Ausbaupotenzial.

Wir werden einen „Notfallflyer“ mitherausgeben, der das Dienstleistungs-Netzwerk für Familien beschreibt, in denen hilfsbedürftige ältere Menschen versorgt werden, übrigens eine gemeinsame Initiative von IHK, HWK, Unternehmensverband und DGB, Seniorenbeirat und Stadt Arnsberg.

Unsere Verwaltung unterstützt selbst organisierte und eigenverantwortliche Präventions-Netzwerke, um entwicklungsfördernde Lebensbedingungen zu schaffen, die Selbständigkeit und Selbstverantwortung bis ins hohe Alter gewährleisten. Es bestehen 14 unterschiedlichste Präventions-Projekte mit durchschnittlich 25 bis 30 Personen pro Gruppe.

4. Profilierung als attraktiver Wohnstandort und Familienstadt

a) **Attraktiver Wohnstandort**

Arnsberg muss sich weiter als attraktiver Wohnstandort profilieren. Wir müssen ein **Angebot für unterschiedliche Anforderungen** bereitstellen – für Jüngere und Ältere, für Singles und Familien.

Folgende **Baugebiete** sind **in Planung**: Müschede - Limberg II, Herdringen - Sternhelle Ost und Herdringer Heide, Holzen - Zum Luerblick, Neheim - Zur Alten Ruhr, Arnsberg - Ruhrstraße. Letzteres ist übrigens ein Initiativprojekt aus dem Cluster „Wald und Holz“.

In den anderen Stadtteilen ist das Angebot zur Zeit sehr gut bis gut.

Neue Chancen ergeben sich durch den **Trend, wieder in die Innenstädte**, in zentrale Lagen zu ziehen. Da haben wir mehr zu bieten als das Umland, aber auch Vorteile zu den eher problembelasteten Großstädten. Wir werden uns deshalb auf die Innenentwicklung konzentrieren, auch auf die Qualitäten der Umwelt, die gebaut wird. Wir haben gute Beispiele in unserer Stadt.

b) **Familienstadt**

Familienstadt heißt Stadt für Kinder. Konkret: Stadt für die Zukunft der Kinder. Eltern wollen die bestmögliche Zukunft für ihre Kinder. Unsere Initiativen für bessere Bildung und für mehr und bessere Betreuungsangebote sind deshalb Initiativen einer hochwertigen Familienstadt.

Mit der im Januar 2006 eingeführten neuen „**Arnsberger Familienkarte**“ haben wir zudem die Familienfreundlichkeit in das Zentrum auch der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückt. Die Karte ist ein Instrument der Familienfreundlichkeit einer ganzen Stadt unabhängig vom jeweiligen Einkommen einer Familie.

Die „Arnsberger Familienkarte“ konnte sofort mit einer Vielzahl von Vorteilen starten. **5644 Familien nutzen die „Familienkarte“.** Das sind über 2/3 der Familien und das im ersten Jahr. Wir haben viele Anregungen erhalten und entwickeln die „Familienkarte“ weiter. Die „Arnsberger Familienkarte“ bietet große Potentiale, die noch längst nicht ausgeschöpft sind. So werden wir zum Beispiel die Angebote für Ferienzeiten in die Karte integrieren. So muss es uns gelingen, verstärkt die Familienangebote der Sportvereine in der „Familienkarte“ darzustellen. So kann die „Familienkarte“ die Grundlage eines Netzwerkes für Familienfreundlichkeit bilden.

Mit einem Netzwerk von Kindertagesstätten, Jugendhilfe, Diensten freier Träger und aktiven Bürgerinnen und Bürgern zur Unterstützung von Familien in besonderen Situationen bewerben wir uns beim Landesprojekt „**Familienzentren**“.

5. Bedeutung Arnsbergs als regionales Zentrum sichern und ausbauen

a) Zentralität und Innovation durch Kooperation

Natürlich entscheiden die Qualität des Wirtschaftsstandortes und die Qualität des Wohnstandortes mit über die Funktion unserer Stadt als regionales Zentrum. Und die Qualitätsanforderungen richten sich hier an die „harten“ Standortfaktoren (Flächen, Anbindung, Infrastruktur, auch Breitbandinfrastruktur) und an die „weichen“ Standortfaktoren (Kultur, Landschaft, gesunde Umwelt, Toleranz, Bildung).

Wir sichern und bauen Arnsberg als regionales Zentrum aus, wenn wir als Stadt selbst auf „**Innovation durch Kooperation**“ setzen, wenn wir selbst wie erfolgreiche Unternehmen agieren.

Ich meine die Kooperation **innerhalb der Stadt zwischen den Stadtteilen**, wie wir sie mit den Stadtteil-schwerpunkten organisieren, **und zwischen Einrichtungen**, wie wir sie zum Beispiel zwischen den Krankenhäusern praktizieren. **Das Ergebnis: ein Gewinn an Zentralität**, der zur positiven Gestaltung des demografischen Wandels beiträgt. Regionales Einkaufszentrum Neheim, Freizeitzentrum NASS Hüsten, Kultur und Kulturtourismus historisches Arnsberg. Arnsberg als modernes regionales Krankenhauszentrum. Deshalb haben wir auch gute Aussichten, das regionale Palliativzentrum (für die medizinische Versorgung sterbenskranker Menschen) zu erhalten, das am Marienhospital eingerichtet werden soll. Die endgültige Entscheidung fällt in diesen Wochen.

Ich meine weiter die Kooperation **innerhalb der Region**, wie wir sie mit der Bildungsregion Arnsberg/Werl umsetzen. **Das Ergebnis: ein Gewinn an Zentralität** als regionale Schulstadt. Das gilt selbst für Projekte wie den neuen RuhrtalRadweg, wo durch Kooperation Arnsberg zum Etappenort wird und für diesen Bereich ein Stück Zentralität gewinnt.

Zentrale Orte und vernetzte Strukturen hängen zukünftig unter den Bedingungen des demografischen Wandels zusammen. Das gilt für Großstädte, aber auch für Mittelstädte, die in der Flächenregion entsprechende Funktionen wahrnehmen.

b) Initiativen für Arnsberg als regionales Zentrum

Was die zentralen Funktionen Arnsbergs als regionales Zentrum stärkt, hat besondere strategische Bedeutung. Deshalb steht auch die Stadterneuerung in diesem Zusammenhang.

Die **Erneuerung der Neheimer Innenstadt zu einer urbanen, lebendigen City** ist ein Beispiel dafür. Neheim wächst als regionales Einkaufszentrum.

Der Umbau der Apothekerstraße, der Ausbau der Langen Wende, die Erneuerung der Hauptstraße, das „Kaiserhaus“ mit seinem Veranstaltungszentrum verbessern nicht nur das Stadtbild. Sie lösen private Investitionen aus. Ich nenne Tri-Haus, die Baulückenschließungen in der Apothekerstraße, die bereits projektierten Bauten in Oberstraße und Hauptstraße, am Engelbertplatz mit durchgehend hoher Architektur-

qualität. Die Erneuerung **trägt zum neuen regionalen „Einkaufserlebnis Neheim“ bei** und stärkt damit die Attraktivität ganz Arnsbergs als Zentrum der Region.

Die Funktion Wohnen kehrt erkennbar in die Neheimer Innenstadt zurück.

Der Handel selbst fordert zusätzliche Qualitäten und bringt sich partnerschaftlich ein mit einem Konzept für Möblierung, Außengastronomie, Darstellung des Angebots, Begrünung. Die Neugestaltung der Hauptstraße kann aufgrund des günstigen Ausschreibungsergebnisses durch das Gässchen zum Johanneshospital weiter geführt werden und das neue, in diesem Jahr fertig werdende Pflegezentrum einbinden.

In **Hüsten** sprudelt bestes **Heilwasser**. Die Untersuchung der Thermalsolequelle hat die positiven Erwartungen übertroffen. Dieser unerwartete Fund bietet die Möglichkeit, das regionale Freizeitzentrum NASS qualitativ weiterzuentwickeln. Das NASS wird zukünftig statt eingekaufter Sole die hochwertige Thermalsole in seinem Solebecken nutzen und sich damit erfolgreich im Gesundheits- und Wellness-Bereich positionieren können. Damit **gewinnt das NASS ein regionales Alleinstellungsmerkmal in seiner Kombination als Freizeit- und Gesundheitsbad**, stärkt die Zentralität der ganzen Stadt.

Im Werkstattverfahren wollen wir 2006/2007 das Thema Heinrich-Lübke-Straße angehen.

Für Arnsberg und Südwestfalen kämpfen wir um die Bezirksregierung. Für den Standort, also für unsere Stadt als regionales Zentrum haben wir die Zusage, dass von Arnsberg weiter Regierungshandeln ausgeht, auch wenn die umstrittene Verwaltungsstrukturreform tatsächlich durchgeführt wird.

Wir wollen für Arnsberg den **Sitz des Landesbetriebs Forst gewinnen**. Die Argumente sprechen für uns. Das wäre ein **großer Erfolg**, da der Landesbetrieb Forst nicht für eine Region, sondern **für ganz NRW zuständig** ist. Und Wald wird es immer geben.

Auch **Arnsberg erneuert sich**. Barrierefreies Wohnen in Königstraße 36, Ärztehaus in der alten Post, Musikschulzentrum im Hotel „Zur Krone“, gäste- und tourismusorientiertes privates Konzept für das Erdgeschoß der Klosterstraße 8, erste Anfragen für die ehemalige Jugendherberge.

Die Kulturprojekte bewegen den zunehmenden Tourismus. Der Klosterinnenhof von Wedinghausen wird im Sommer fertiggestellt. Der Kreis will das Sauerland-Museum erheblich aufwerten. Die neue Hotelroute in der Stadt weist den Weg.

Für das ehemalige Hallenbad gibt es noch kein privates Nutzungsinteresse. Es dient übergangsweise der Kultur, das Teatron-Theater probt im Schwimmbaden.

Und in **Oeventrop** kann die Lücke im RuhrtalRadweg im Bereich des Segelflugplatzes noch in 2007 gebaut werden – wie die neue Sporthalle.

6. Mehr Bürgergesellschaft

Ich möchte auch in dieser Haushaltsrede Warnfried Dettling zitieren: **„Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren.“** – Ich füge auch in diesem Jahr hinzu: für ihre eigenen örtlichen Angelegenheiten.

Wir wollen, dass die Menschen für sich selbst aktiv werden. Sie sollen sich selbst entfalten und sich unsere Stadt zu eigen machen und dadurch positiv verbessern oder Not verhindern. Ich habe zu Beginn und beim Thema „Zukunft Alter“ Beispiele genannt. Die Öffnung der Stadtplanung, die Öffnung wichtiger Projektvorhaben sind weitere Beispiele.

Wir wollen **in diesem Jahr die Unterstützungssysteme für bürgerschaftliches Engagement weiterentwickeln** - im Sinne von Allianzen für wichtige Handlungsfelder.

Dafür müssen wir uns klar machen: **Bürgergesellschaft ist eine „digitale Welt“.**

Sie funktioniert nicht streng hierarchisch und schreitet nicht linear, d.h. hintereinander voran – wie eine Kolonne. Sie ist eher vergleichbar mit einer Basketball-Mannschaft oder einem Jazz-Quintett, die flexibel, interaktiv und improvisierend agieren, aber auch Rahmen und Unterstützung benötigen.

Ein neues Instrument ist das „**Bürgerpanel Arnsberg**“ das nun zum zweiten Mal stattfindet. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. Die Bürgerinnen und Bürger zeigen uns über das Panel an, wo aus ihrer Sicht Handlungsbedarf oder wo kein Handlungsbedarf besteht.

7. Sanierung des Haushaltes

Die weitere Haushaltssanierung ist eine zentrale Aufgabe, um größere Handlungsfähigkeit für und in der Zukunft zu schaffen. Sie darf aber Zukunftschancen nicht nehmen, weil z. B. Bildungsausgaben in unserem Land nicht als Investitionen gelten. Und dennoch müssen wir alle Kräfte aufbringen, den strukturellen Haushaltsausgleich 2007 zu schaffen. Wir wissen nicht, welche neuen Hindernisse auf dem Weg zum Haushaltsausgleich im nächsten Jahr, von wem auch immer, noch errichtet werden.

Wir müssen Einsparungen dort forcieren, wo Einrichtungen und Aufgaben nicht von strategischer Bedeutung sind, da uns ansonsten die Möglichkeiten und die Mittel für strategisch bedeutsame Projekte und Zukunftsfinanzierung fehlen. Wir haben bei der Beratung des Doppelhaushaltes zu bewerten, welche Einrichtungen und Aufgaben der Realisierung der Strategien dienen und welche Strategien vorrangig sind. Wir haben zu entscheiden, welche Unterstützung für die Schulen wichtiger ist vor dem Hintergrund, dass 25 % der 15-Jährigen in unserem Land nicht die Lese- bzw. die damit verbundene Verstehenskompetenz besitzen, eine Berufsausbildung erfolgreich zu absolvieren. Und gleichzeitig gilt es, die Balance im Ganzen zu wahren. In diesem Jahr keine einfache Aufgabe.

Damit komme ich zum Ausgang zurück. Der Doppelhaushalt ist ein doppelter Sparhaushalt, aber er zeigt auch: Leere Kassen heißt nicht leere Köpfe.

In diesem Sinne bedanke ich mich. Ich danke dem Kämmerer und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Aufstellung des Doppelhaushalts 2006/2007 mitgewirkt haben und wünsche uns allen eine erfolgreiche Beratung.

(1) vgl. genauso auch zum Folgenden: Christof Eichert (Bertelsmann Stiftung): Eine Frage der Qualität und Gerechtigkeit: Mehr Mitgestaltung für die Kommunen im Schul- und Bildungswesen !, Rede auf der 4. Sitzung des Projektbeirates „Selbständige Schule“ am 24.03.2006 in Dortmund